

Dein
«Mein Haus istdein Haus.»
mein«Ob Immobilie oder Stockwerk,
als Verwalter kümmere ich mich
um Ihr Eigentum. Kompromiss-
los. So, als würde es mir selbst
gehören.»YVES GADIANT
IMMOBILIENVERWALTERa-print IMMO
Telefon 055 460 11 11 www.a-print.ch

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

DER MARKT DER ZUKUNFT

Die Sozialkapitalisten der Integrationsindustrie

Dieser Wirtschaftszweig vermag riesige Geldströme in Bewegung zu setzen und darf dank anhaltender Immigration aus den kulturfremdesten Teilen der Welt seine Hochkonjunktur fortsetzen: Ein Multikulti-Märchen, das auf dem bequemen sozialromantischen Gedanken beruht, dass sich auch der reaktionäre Kopftuch-Patriarchenvater, der rappende Türke mit dem Endlos-Vorstrafenregister und die Grossfamilien-Mutter aus Schwarzafrika unter dem Wirken der Sozialarbeiter bessern und den Weg in die hiesige Lebenswirklichkeit finden würden.

BARBARA
STEINEMANN
KANTONSRÄTIN SVP
WÄTT

Vor zwei Jahren hatte eine Koalition aus SVP, Grünliberalen, Grünen und EDU die Schaffung eines kantonalen Integrationsgesetzes abgelehnt, nachdem eine Spezialkommission zweieinhalb Jahre lang daran gearbeitet hatte. Zentrales Argument der ablehnenden Front: Wer sich nicht integrieren will, der macht dies auch nicht mit einem Gesetz.

Eine sonderbare Paarung aus Sozialdemokraten und FDP hatte sich für den Aufbau einer staatlichen Integrationsmaschinerie vergeblich ins Zeug gelegt. Und bereits im November 2010 hatte der Stimmbürger mit dem wuchtigen Nein zum Gegenvorschlag der Ausschaffungsiniziative, der genau ein solches Integrationsgesetz auf Bundesebene beinhaltet, gezeigt, dass er nichts von staatlicher Integration hält. Heute stellt der Bund den Kantonen Gelder in Aussicht, wenn sie denn genauso eine Bürokratie aufbauen, womit dann wiederum die Gemeinden zum Subventionen abholen gelockt werden. Und genau ein solches «kantonales Integrationsprogramm» haben die Zürcher Direktion der Justiz und des Innern und die ihr angehängte «Fachstelle für Integrationsfragen» letzte Woche an einer Pressekonferenz vorgestellt.

Einwanderer, die unsere Sozialarbeiter reich machen

Aber machen wir uns nichts vor, hier geht es um die wirtschaftlichen Interessen der Sozialindustrie, auch wenn ihre Vertreter ganz fuchsig werden, wenn ihre edlen Motive in Frage gestellt werden: Asylorganisation Zürich

(AOZ), HEKS, Caritas und all die anderen Hilfswerke und Stiftungen steigern dank integrationsdefizitärer Masseneinwanderung kräftig ihren Shareholder Value, allerdings mit der unangenehmen Folge, dass die Rechnungsabschlüsse der meisten Gemeinden beim «Sozialen» mittlerweile im zweistelligen Prozentbereich prosperieren. Ein noch höheres Umsatzwachstum weist die kantonale Sozialhilfestatistik auf, wo sich der Aufwand innert 20 Jahren verzehnfacht hat.

Für die lokale Verwaltung ist die Eingliederung von Personen, die nach anderen Werten und Standards leben, gar nicht selbst zu bewältigen. Also wird die Aufgabe ausgelagert, und hier öffnet sich das grosse Feld der Migrationsindustrie, wo schon heute Hunderte von Millionen umgesetzt werden. Und diese sieht wie folgt aus:

Allein der Bereich «Arbeitsintegration» ist eine derart prosperierende Branche, dass jeder Abzocker vor Neid erblassen könnte; deren Angebote zwecks Unterstützung bei der Integration in niederschwellige Jobs sind kaum mehr überschaubar. In diesem Sinne kostet beispielsweise ein vierwöchiges Basisbeschäftigungsprogramm der Sozialen Einrichtungen und Betriebe der Stadt Zürich für eine Iranerin die Gemeinde Fr. 2850.–. Die Firma EFEKTA hat sich auf Coaching und Hilfe für arbeitslose Migranten spezialisiert und bietet eine engmaschige Begleitung bei Stellensuche für Fr. 5340.– für sechs Monate an. Im Angebot bzw. Kostenvoranschlag an die Sozialbehörde stehen «Bewerbungsschreiben verfassen», «Lernen für seine Qualifikationen originell zu werben und sich gut zu verkaufen», «Lebenslauf optimieren», «Alle Möglichkeiten und Formen der Stellensuche kennenzulernen», «Üben von Gesprächen und diese auszuwerten» und

schliesslich «ein konstruktiver Umgang mit Absagen» ...

Ein arbeitsloser Nigerianer im sogenannten Basisbeschäftigungsprogramm «Recycling» der Sozialen Einrichtungen und Betriebe der Stadt Zürich kostet den Gemeinde-Steuerzahler monatlich Fr. 2714.–, damit er 80 Prozent arbeiten darf; immerhin erhält er etwas Lohn, den das Gemeinwesen mit diesem Betrag verrechnen kann. Die Frage drängt sich natürlich auf, wer in dieser Konstellation Beschäftigung benötigt, der Arbeitslose oder der Sozialarbeiter.

Selbstbedienungsladen, vom Steuerzahler bezahlt

Dann und wann ist einem Antrag zu entnehmen, dass eine «betroffene Person aus dem Asylbereich» zwecks Stabilisierung des psychischen Gesundheitszustandes nun auch entsprechende Hilfe in Anspruch nehmen solle. Die Homepage der Asylorganisation Zürich, Facharbeit im Migrationsbereich, Abteilung Psychosozialer Dienst, der uns Sozialbehördenmitgliedern ihre Dienste anbietet, offenbart Kosten von Fr. 120.– pro Stunde für die psychosoziale Beratung von «Klient/-innen» mit Migrationshintergrund. Gleich wie all die anderen Angebote: Beratung und Mediation bei interkulturellen Konflikten, Stabilisierung von psychisch stark belasteten Migranten, Klärung der Problemlage und des Eskalationspotentials.

Das neunmonatige Familien-Coaching im Migrationsbereich für eine überforderte dreifache sudanesishe Mutter in der Asylbaracke Regensdorf beläuft sich auf Fr. 26 675.–. Die sozialpädagogische Begleitung der Stiftung Chance für anerkannte oder vorläufig aufgenommene Flüchtlinge zwecks «Bewältigung des Alltags» schlägt bei der Gemeinde für einen

jungen Eritreer mit Fr. 1280.–, pro Monat zu Buche, das sind 8 Stunden à Fr. 125.– plus 4 mal 70 Franken Wegpauschale. Ähnlich teuer kommen die Kommunen die Familieneinsätze zu stehen: Eine sog. «Familienstabilisierung» durch die mobile Familienberatung und Krisenintervention (MFB) für eine dreiköpfige «Einelter-Familie», deren Integration sich bislang auf den regelmässigen Gang zum Sozialschalter beschränkt hat, wird für Fr. 140.– die Stunde der Gemeinde ange-dreht, bei 30 Stunden die Woche sind das stolze Fr. 25 200.– pro halbes Jahr.

Unzählig, aber verhältnismässig günstig sind die Deutschkurse, von der HEKS-Konversationsgruppe, dem Deutsch-Alphabetisierungskurs des Schweizerischen Arbeiterhilfswerkes (SAH), speziell für Eritreer, Syrer, Somalier, Sri Lanker etc. oder dem Migros-Clubschule-Kurs Deutsch Intensiv, letzterer kostet die Gemeinde in der Regel Fr. 2000.– für zwei Monate plus Fr. 120.– Bahn-Abo.

Kleinkinder unter der Integrations-Fuchtel

Nach eigener Definition will das kantonale Integrationsbüro Zustände wie in Stockholm und Paris verhindern – womit die amtliche Stelle erschreckend direkt offenbart, was sie von unseren Zuwanderern in Zukunft befürchtet. Und das fängt schon bei den Dreijährigen an: So musste ein mazedonischer Junge erst für Fr. 7055.– monatlich (230 Franken pro Tag) fremdplatziert werden, weil die Mutter offenbar mit den elementarsten Bedürfnissen des Kleinkindes überfordert war. Sodann wird der betroffenen Gemeinde ein Eltern-Kind-Programm «Wir entdecken die Welt» angedreht, es kostet sie insgesamt Fr. 3730.–, davon subventionieren das Integrationsbüro des Kantons und die Kleinkind-

beratung je Fr. 500.– Im Programm von 16 Hausbesuchen einer «Fachperson» à 90 Min. innert eines Jahres gibts fürs Kind «Spielideen und Anregungen und führt modellhaft mit der Mutter Förderaktivitäten» durch – in der Muttersprache (!!!) ... Beim Begriff «Integration» scheinen das öffentlich besoldete Fachpersonal und die breite Bevölkerung unterschiedliche Vorstellungen zu pflegen. Die Mutter, eine Stammkundin des Sozialamtes, wird quasi durch eine «pädagogische Fachkraft» ersetzt, die mit den Schwerpunkten «Strukturierung des Tagesablaufes, Bewegungs- und Sinnesförderung, Sprachbegleitung, Kennenlernen von verschiedenen Materialien, Ermutern des Kindes zu Eigenaktivitäten statt zu passiver Konsumhaltung und Entdeckung der Umgebung und Vernetzung» arbeitet, wie der Offerte an die Sozialbehörde zu entnehmen ist.

Zahnlose Verträge

All die Bemühungen der Helfer, Förderer, Coacher, Berater und Sozialmanager sollen neu durch Leistungsvereinbarungen unterstützt werden: Das sind Verträge zwischen dem Einwanderer und dem Staat, wonach der Migrant an seiner Schweiz-Tauglichkeit arbeiten muss. Diese will dann neu die Fachstelle für Integration «Begleiten, Überwachen, Kontrollieren ...» Wesentlicher als der Abschluss von Vereinbarungen erscheinen indes dem kritischen Betrachter die Wirkung derselben bzw. die Folgen für den Aufenthaltstitel. Solange keine Klausel mit echten Sanktionen vorgesehen ist, bleibt das Ganze Makulatur und führt lediglich zu einer Aufblähung des Apparates. Ein Staat, der schon mit der Ausschaffung krimineller Elemente überfordert ist, dürfte wohl kaum über

Fortsetzung auf Seite 3

Landwirte telefonieren untereinander gratis

30% - 100% Rabatt auf Handy Abpreise

z.B. für nur 63 Franken im Monat in alle Schweizer Mobil- und Festnetze telefonieren inkl. unlimitiert surfen und SMS/MMS schreiben.

Wir beraten Sie gerne!!

Maschinenring
Maschinenring Zürich, Neuwiesenstrasse 5
8630 Rüti, T: 055 251 41 41
info@maschinenring.ch www.maschinenring-zh.ch

CCG
Event-Technik

CCG-Mietpark
Bramenstrasse 8
8184 Bachenbülach
Tel. +41 (0)44 307 11 55
www.ccg.ch

50% Rabatt
Flusskreuzfahrten
(Angebote Seite 5)

reisebüro mittelthurgau
Die Schiffsreisenmacher

Reisebüro Mittelthurgau Fluss und Kreuzfahrten AG,
Oberfeldstrasse 19, CH-8570 Weinfelden,
Tel. 071 626 85 85, info@mittelthurgau.ch
www.mittelthurgau.ch

MECACRYL

PLEXIGLAS aus Pfäffikon ZH

für Industrie, Gewerbe und privat

- Top-Zuschnittservice
- Plexiglas-Handwerk
- Thermoverformung

MECACRYL GmbH
H. Hablützel

Plexiglas und Kunststoffverarbeitung
Witzbergstrasse 23, 8330 Pfäffikon ZH
Tel. 043 288 60 50, Fax 043 288 60 51
info@mecacryl.ch, www.mecacryl.ch

Bunt, auffallend und erfolgreich können Sie hier für Ihre Produkte und Dienstleistungen werben. Woche für Woche.

Inserate «Der Zürcher Bote»:
print-ad kretz gmbh
Tramstr. 11, 8708 Mönedorf
Tel. 044 924 20 70
fredi.kretz@kretzgmbh.ch

RATSBERICHT

Lehrpersonalgesetz: Kein Mehrwert für den Unterricht

Am Montag schloss der Kantonsrat die erste Lesung zum Lehrpersonalgesetz ab – trotz einem Antrag auf Nichteintreten seitens der SVP-Fraktion. Diese brachte sich anschliessend mit einer Reihe von Voten und Anträgen ein.



YVES SENN
KANTONS RAT SVP
WINTER THUR

Der Regierungsrat beauftragte die Bildungsdirektion, eine Vernehmlassung zum Konzept eines neuen Berufsauftrags der Lehrpersonen der Volksschule durchzuführen. Mit dem Gesetz über die Anpassung des Personalrechts bei Lehrpersonen an der Volksschule beantragte der Regierungsrat dem Kantonsrat diejenigen Änderungen im Lehrpersonalrecht, die auf parlamentarische Vorstösse zurückgehen oder die im Rahmen des Projektes «Belastung – Entlastung im Schulfeld» erarbeitet wurden. Der nun vorliegende Antrag umfasst die Änderungen zum Berufsauftrag der Volksschullehrpersonen auf Gesetzesstufe. Der Berufsauftrag wird im Gesetz als Führungsinstrument erachtet, das es erlaubt, die unterschiedlichen Kompetenzen und Stärken der einzelnen Lehrpersonen zu nutzen. Es wurde jedoch infrage gestellt, ob der neue Berufsauftrag geeignet sei, die Lehrpersonen zu entlasten.

Ein Organisationsgesetz

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon) erklärte in seiner Funktion als Mitglied der Kommission für Bildung und Kultur die Abneigung der SVP-Fraktion gegen das Lehrpersonalgesetz und stellte den Antrag, auf die Vorlage

nicht einzutreten. Denn mit dem Gesetz werde versucht, die Wünsche der Lehrerschaft, der Schulpflegen, der Schulleiter, der Verwaltung, der Politik und der Gewerkschaften unter einen Hut zu bringen. Der Berufsauftrag bringe keinen Mehrwert für den Unterricht. Es sei nur ein Organisationsgesetz, um die Lehrer zu massregeln, und diese würde damit vom Regen in die Traufe kommen. Der Kantonsrat beschloss in der Folge, mit 101 zu 69 Stimmen, auf das Gesetz einzutreten.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen) erklärte, dass im Volksschulgesetz und in der Volksschulverordnung gut aufgezählt sei, welches die Aufgaben und Pflichten eines Lehrers seien. Wenn jedoch mit der vorliegenden Gesetzesänderung die Zeiterfassung für jede einzelne Tätigkeit auf die Minute genau erfasst werden müsse, entstehe ein Bild, welches der Realität nicht standhalte. Denn mit dem neuen Berufsauftrag sitze die Lehrperson nur noch hin und versuche sich zu erinnern, was sie am Tag alles gemacht habe und zu welcher Tätigkeit dies gehöre und wie viel Zeit es gekostet habe. Dies sei definitiv keine Entlastung der Lehrpersonen und darum werde die SVP-Fraktion das Gesetz ablehnen. Die zweite Lesung findet nach den Sommerferien statt.

Weiterbildungsmassnahmen

Mit einem Postulat forderten SP, FDP und Grüne den Regierungsrat auf, die departementsübergreifende Koordina-

tion der staatlich unterstützten Weiterbildungsmassnahmen für Erwachsene im Bereich der Förderung von Grundkompetenzen sicherzustellen. Margreth Rinderknecht (SVP, Wallisellen) betonte, dass ein grosses Angebot mit unterschiedlichen Zielsetzungen im Bereich Weiterbildung bestehe. Der Regierungsrat stellte jedoch fest, dass sowohl auf nationaler als auch auf kantonaler Ebene für staatlich unterstützte Weiterbildungsmassnahmen unterschiedliche gesetzliche Grundlagen bestehen. Allein auf Bundesebene seien in rund 50 Gesetzen Bestimmungen zu Weiterbildungsmassnahmen enthalten. Diese Massnahmen seien auf unterschiedliche Bereiche und Zielgruppen ausgerichtet. Grundkompetenzen jedoch würden in der Regel während der obligatorischen Schulzeit erworben und bilden die Voraussetzung für eine Beteiligung an der Gesellschaft und am Erwerbsleben. Der Erwerb von Kompetenzen im Erwachsenenalter im Rahmen der Weiterbildung sei individuell und auf unterschiedliche Lebenssituationen bezogen.

Bei der Ausgestaltung von Angeboten zur Vermittlung von Grundkompetenzen an Erwachsene müsse die jeweilige Ausgangslage, die Zielsetzung, der Förderschwerpunkt und das Vorwissen berücksichtigt werden. Aus diesem Grund werde deren Erwerb durch verschiedene nationale und kantonale Gesetze geregelt. Das Postulat wurde abgeschrieben.

und man darf wohl hinzufügen: vor allem all den Sozialpädagogen, Helfern und Betreuern, die sich so trefflich von den herrschenden Missständen ernähren. Die Kosten für Integration, Bildung, Sozialversicherungen etc. sind höher als der Nutzen aus der Arbeitstätigkeit. Erst nach 25 Jahren zieht der Staat Nutzen aus der Migration. Bis dann sind aber achtzig Prozent der Immigranten verstorben oder wieder ausgewandert. Fazit der Untersuchung: Zuwanderung ist ein Verlustgeschäft.

Frieden dank Sozialtransfers?

Die SVP ist nicht gegen Einwanderung an sich, sondern gegen die Massenzuwanderung von unqualifizierten Personen aus den entferntesten Kulturkreisen. Nehmen wir uns ein Beispiel an wirtschaftlich erfolgreichen und klassischen Einwanderungsländern wie Kanada, Neuseeland, die USA oder Australien. Sie haben keine Integrationsbürokratie geschaffen, sondern sich stets am Eigeninteresse des Landes orientiert. Das sollte in Zukunft unser Rezept sein. Stattdessen stellt uns die Fachstelle für Integration in Aussicht, Zusammenrottungen wie schon x-fach gesehen in Europa, verhindern zu wollen. Aber dort waren es

ja genau diese gut Betreuten und Versorgten, welche die Zuzugs-Lobbyisten aus selbstgefälligen Integrations-Träumereien abrupt aufweckten, die sich von der Förderung massenhafter Einwanderung aus aussereuropäischen Kulturen kurzfristige Vorteile versprechen.

Könnte es sein, dass in der Schweiz nicht zu wenige, sondern zu viele Integrationshilfen angeboten werden – zu lasten von Motivation und Mündigkeit der Zuwandernden, zugunsten eines boomenden Gewerbebezugs aus Migrationsbefassten, Sozialarbeitern und Quartiersmanagern, die von den Problemen leben, zu deren Lösung sie angetreten sind? Die Integrationsindustrie ist bald ein Milliardenmarkt. Mit solchen Programmen werden Tatsachen durch demokratisch nicht legitimierte Behörden geschaffen, die bei der Bevölkerung an der Urne wohl nicht den Hauch einer Chance hätten. So aber machen die Verwaltungen Massen von Menschen zu dem, als was sie sie letztlich wieder bejammern können, nämlich zu sozial Schwachen.

Barbara Steinemann ist SVP-Kantonsrätin und Mitglied der Sozialbehörde Regensdorf.



Verfehlte Integrationskampagnen des Zürcher Regierungsrats.

Fortsetzung von Seite 1

das Rückgrat verfügen, einem integrationsresistenten Zuwanderer das Aufenthaltrecht in der Schweiz zu entziehen. Zwischenstudien von Basel, wo solche Integrationsvereinbarungen bereits abgeschlossen werden, sind ernüchternd. Wer sich integrieren will, tut dies auch ohne grosse staatliche Integrationsapparatur, renitente Immigranten bleiben dies auch mit dieser Maschinerie.

Zuwanderung als Verlustgeschäft

Einwanderung erfolgt auch in der Schweiz nicht bloss als Nachfrage der Wirtschaft nach ausländischen Arbeitskräften, wie uns die offiziellen Stellen und die Medien ständig einreden wollen. Wir haben es heute in grossem Stil mit einer Migration in den Sozialstaat zu tun – weil der Staat nicht in der Lage ist, abgewiesene Asylanten zurückzuschaffen, wegen grosszügigen Regelungen im Familiennachzug, weil Personen mit Duldungsstatus in Bleiberechte hineinwachsen. Im Kanton Zürich hat jedenfalls noch nie jemand wegen chronischem Sozialhilfebezug die Aufenthaltsbewilligung verloren. Die Koalition der Multikulti-Förderer versucht auf diese Weise, mit den Geldern der Steuerzahler die Folgen ihrer Politik zu korrigieren. Die Integrationsbranche knüpft logischerweise eng an den Geschäftszweig der Fürsorge an. Die „Sozialhilfestatistik im Flüchtlingsbereich“ des Bundesamtes für Statistik zeigt auf, dass Flüchtlinge zu 89 Prozent von der Sozialhilfe abhängig sind. Entsprechend würde der Wegfall all der integrationsdefizitären Ausländer die ganze Integrationsindustrie in Existenzängste versetzen.

Leider hat es bis anhin in der Schweiz noch niemand gewagt, den Nutzen der Zuwanderung einmal in einer Studie zu überprüfen. Das holländische Centraal Plan Bureau (CPB) und der angesehene deutsche Ökonom Hans-Werner Sinn haben dies getan und ziehen den Schluss: Migration nützt in erster Linie dem Migranten –

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Berufsauftrag Lehrpersonen: Gut gemeint ist nicht gut genug!



ROCHUS BURTSCHER
KANTONS RAT SVP
DIETIKON

Wünsche seitens Lehrerschaft, Wünsche seitens Schulpräsidenten, Wünsche seitens Schulleitern, Wünsche seitens Verwaltung, Wünsche seitens Politik und, nicht zu vergessen, die Wünsche der Gewerkschaften lassen sich definitiv nicht so einfach vereinen.

Die Aussage der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) in der Medienmitteilung vom 30. Mai, dass man mit dem Berufsauftrag die Kernaufgabe «Unterricht» stärken will, ist zynisch. In der Medienmitteilung wurde nämlich betont, dass damit ein Signal für die Stärkung der Kernaufgabe der Schule gesetzt werden soll. Doch der Berufsauftrag bringt heute und in Zukunft definitiv keinen Mehrwert für den Unterricht, sondern ist ein Organisationsgesetz, um die Lehrerschaft zu massregeln. Gut gemeint ist nicht gut genug! Unterrichten ist doch das Kerngeschäft der Schule – alles andere wie Schulentwicklungskonferenzen oder Organisationsentwickler – wovon Organisationsberater profitieren – müssen heruntergefahren werden, damit mehr Zeit für den Unterricht bleibt.

Das Organisationsgesetz soll mithelfen und aufzeigen, dass die Lehrerschaft wirklich arbeitet und der Mythos von 13 Wochen Ferien unberechtigt ist – und das mit Arbeitszeiterfassung in den nicht direkt mit dem Unterricht zusammenhängenden Teilbereichen wie Teamarbeit, Elternarbeit und Weiterbildung.

Der Wunsch zweier Lehrer-Gewerkschaften für einen Berufsauftrag erweist sich als Bumerang – die Gewerkschaften haben die «Büchse der Pandora» geöffnet. Vielleicht sollten sich die vernünftigen Lehrerinnen und Lehrer nach Möglichkeit neue Vertreter suchen.

Eine einzige und doch die wichtigste Neuerung im Berufsauftrag ist, dass die Klassenlehrerfunktion gestärkt wird. Nun muss man aber auch wissen, dass die Bildungsdirektion bereits ein Projekt zum Thema weniger Lehrpersonen pro Klasse auf Primarstufe gestartet hat, was klar aufzeigt, dass man auch hier der Klassenlehrerfunktion grössere Beachtung schenkt. Vielleicht

sollte man dies ganz einfach auch auf die Sekundarstufe 1 ausweiten. Wegen der Klassenlehrfunktion benötigt man aber diesen Berufsauftrag auch nicht.

Beim Berufsauftrag wurde zudem niemals die Frage nach dem Was gestellt, sondern nur nach dem Wie. Die Diskussion wurde im Keime erstickt – man wollte sich nicht mit grundsätzlichen Themen, wie dass sich der Schulbetrieb am Wohl des Kindes orientiert, auseinandersetzen. Wichtig wäre gewesen, dass der Unterricht im Fokus gestanden wäre.

Wir von der SVP möchten, dass die Lehrpersonen nicht nur Verantwortung tragen müssen, sondern auch gleichwertige Kompetenzen erhalten. Lehrpersonen sollen unsere Kinder für die Zukunft ausbilden. Dazu werden sie an der Pädagogischen Hochschule für teures Geld ausgebildet. Mit diesem Rucksack müssten die Lehrpersonen in der Lage sein, selbstständig zu arbeiten. Sie müssten sich bewusst sein, was ein Pädagoge ist und für was dieser zuständig ist. In dieser Frage sollte man der Lehrerschaft eine grosse Freiheit lassen.

Das komplexe Geschäft mit Teilzeitarbeit wird mit dieser Vorlage und den zusätzlichen Wünschen noch verkompliziert. Wer weiss am Schluss noch, was machbar ist. Das Ziel sollte sein, dass wir wieder vermehrt 100-Prozent-Pensen anstreben sollten. Damit würden mehrere Probleme auf einmal gelöst.

Ein Berufsauftrag dieser Art ist kein wirksames Führungsinstrument, das für mehr Qualität an unseren Schulen sorgt. Gefragt sind vielmehr wieder gut ausgebildete Klassenlehrpersonen, die mit Selbstverantwortung ihre Aufgaben erfüllen. Anstatt die Büchse der Pandora zu schliessen und gar nicht erst – wie von der SVP beantragt – auf die Vorlage einzutreten, hat sich die Mehrheit des Rates für die Behandlung ausgesprochen. Die bürgerlichen Parteien, welche auf diese Vorlage eingetreten sind, haben nicht verstanden, dass neue gewerkschaftlichen Forderungen spätestens am nächsten Tag wieder auf dem Tisch liegen. Mit dem Eintreten auf das Geschäft des Berufsauftrages kommt die Lehrerschaft vom Regen in die Traufe. Dies nicht zum Wohle unserer Schule und dass endlich Ruhe bei der Bildung einkehren kann!

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONS RAT HAT AM MONTAG ...

- ... die erste Lesung zum Lehrpersonalgesetz abgeschlossen. ☺
- ... ein Postulat betreffend Unterrichtsverpflichtung der Lehrpersonen an der Primarstufe abgeschrieben. ☺
- ... ein Postulat betreffend Aufwertung der Funktion der Lehrperson mit Klassenführungsverantwortung abgeschrieben. ☺
- ... ein Postulat betreffend Berufsschule: wirksame Massnahmen gegen Lehrermangel abgeschrieben. ☺
- ... eine Parlamentarische Initiative betreffend Verantwortung der Eltern für die Sexualaufklärung ihrer Kinder im Kindergarten- und Unterstufenalter abgeschrieben. ☺
- ... ein Postulat betreffend Departementsübergreifende Koordination der staatlich geförderten Weiterbildungsmassnahmen im Bereich der Grundkompetenz Erwachsener abgeschrieben. ☺
- ... ein Postulat betreffend Schaffung einer kantonalen Rechtsgrundlage für das Verfahren der öffentlichen Ausschreibungen im Bildungswesen abgeschrieben. ☺
- ... ein Antrag betreffend Strategie für den Bildungs- und Innovationsstandort Zürich abgeschrieben. ☺